

Zweibrücker wollen Bahn nach Homburg so sehr, dass sie dem Saarland sogar Geld dafür gäben

Seit einem Jahrzehnt diskutiert die Politik über die Reaktivierung der Zugstrecke nach Homburg. Was denken die Bürger darüber? Es herrscht eine überwältigende Einigkeit: Die Bahn soll endlich her. Und die Bevölkerung ist bereit, dem Saarland finanziell weit entgegen zu kommen.

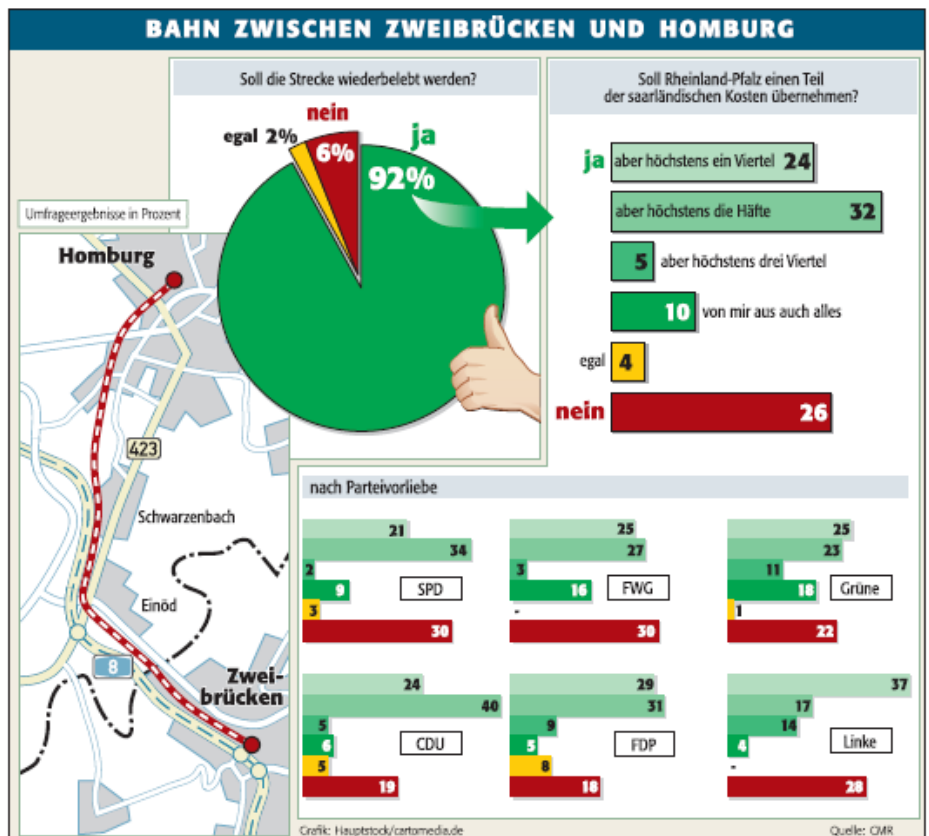
VON GEORG ALTHERR

92 Prozent der Zweibrücker wollen, dass die Bahnverbindung zwischen Zweibrücken und Homburg wiederhergestellt wird. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage im Auftrag der RHEINPFALZ. Nur sechs Prozent der Befragten lehnen die Reaktivierung ab.

Im Laufe der Jahre haben sich die Bürger eine klare Meinung zu der lange diskutierten Frage gebildet. Nur zwei Prozent sagen „ist mir egal“; das ist ein für Umfragen äußerst geringer Anteil von Unentschiedenen.

Die Zustimmung zur Reaktivierung liegt quer durch alle Parteien bei um die 90 Prozent und damit äußerst hoch. Selbst die Nichtwähler wollen die Bahn zu 82 Prozent. Auch innerhalb der Altersgruppen zeigen sich nur minimale Unterschiede: Ob jung, ob alt: Alle wollen wieder mit dem Zug nach Homburg fahren können. Das ist auch keine Frage des Geschlechts: Männer und Frauen fordern die Reaktivierung exakt gleich stark.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung und alle maßgeblichen politischen Kräfte diesseits der Landesgrenze haben erklärt, dass sie die Reaktivierung ermöglichen und Zweibrücken auf diese Weise beispielsweise an die S-Bahn Mannheim-Homburg anbinden wollen. Vor der saarländischen Landtagswahl vor einem Jahr hatten sich die Grünen, die Linken und die FDP für die Reaktivierung der in den 1980er Jahren stillgelegten Bahnstrecke stark gemacht. FDP und Grüne bildeten dann zusammen mit der CDU eine Jamaika-Koalition, die Grünen bekamen das Umwelt- und Verkehrsministerium und damit die Zuständigkeit für Bus und Bahn. Die neue saarländische Verkehrsministerin der Grünen vollzog nach der Wahl allerdings eine politische Kehrtwende. Sie sagt heute, die Wiederbelebung der Bahnstrecke sei zwar womöglich wünschenswert. Das Saarland könne dafür aber kein Geld ausgeben. Es gebe im Saarland wichtigere Projekte und andere Strecken, die Vorrang hätten.



Da die Strecke Zweibrücken-Homburg zu geschätzt 85 Prozent auf saarländischem Gebiet verläuft, müsste das Saarland auch einen viel höheren Anteil an den Kosten übernehmen als Rheinland-Pfalz. Bisher hat die rheinland-pfälzische Seite nicht zu erkennen gegeben, ob sie über die Kostenaufteilung mit sich handeln ließe. Beide Bundesländer haben darüber miteinander bisher nicht gesprochen. Dennoch plädieren manche rheinland-pfälzische Politiker dafür, dem Saarland finanziell entgegenzukommen, um den Jahre währenden Stillstand zu überwinden.

Die RHEINPFALZ wollte deshalb wissen, wie die Bevölkerung zur Frage steht, ob Rheinland-Pfalz ei-

nen Teil der saarländischen Kosten tragen sollte.

Auch hier ergibt sich ein überraschend eindeutiges Bild: Nur jeder Vierte vertritt die Auffassung, dass die rheinland-pfälzische Seite keinen Cent des saarländischen Anteils übernehmen sollte. Umgekehrt heißt das: Drei von vier Befragten geben sich gutnachbarschaftlich und treten dafür ein, dem Saarland finanziell entgegenzukommen, um die Reaktivierung endlich zu ermöglichen.

Unterschiede zeigen sich, wenn man fragt, welchen Teil der saarländischen Kosten Rheinland-Pfalz übernehmen sollte. Eine relative Mehrheit ist bereit, die Hälfte zu tragen. Jedem Zehnten ist die Stre-

cke so wichtig, dass er sich dafür ausspricht, das Saarland finanziell sogar ganz zu verschonen.

Zwischen den Geschlechtern gibt es bei der Frage nach etwaiger finanzieller Hilfe für den Nachbarn kaum Unterschiede. Bei den Altersgruppen sieht es so aus, dass die über 60-Jährigen am deutlichsten dafür eintreten, dem Saarland die Hälfte der Kosten abzunehmen. Bei den Jungen ist der Anteil derer, die dem Saarland nicht helfen würden, noch am höchsten.

Am großzügigsten dem Saarland gegenüber zeigen sich Wähler von CDU, FDP und Grünen. Aber auch die Wähler von SPD, FWG und Linken wären zu großem Entgegenkommen bereit.